

Auszug aus der Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.: WP 14-20 SV 68/061/1
Betreff:	Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden Antrag gemäß § 24 GO: Gründung eines muslimischen Friedhofes in Hilden	

19.05.2022 Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

TOP 10

Die Sitzung wurde unterbrochen, damit Herr Azmaa vom marokkanischen Verein Fragen von den Ausschussmitgliedern beantworten konnte. Herr Azmaa erläuterte während der Sitzungsunterbrechung den Stand der Gespräche aus seiner Sicht und stand für Rückfragen zur Verfügung.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden wurde das Thema in Ausschuss diskutiert.

Dabei wurde seitens Bündnis 90/Die Grünen die Befürchtung geäußert, die Fronten könnten verhärtet sein. Sinnvoll könnten weitere Gespräche sein, so dass eine Vertagung derzeit angezeigt sei.

Seitens der SPD wurde angefragt, warum für das Grundstück Werte angegeben sein, die sich so deutlich unterscheiden.

Herr Stuhlträger erläuterte für die Verwaltung, dass aus seiner Sicht die Gespräche jederzeit konstruktiv geführt worden seien. Von verhärteten Fronten könne keine Rede sein. Jedoch seien nun politische Entscheidungen notwendig, damit ein muslimischer Friedhof entstehen könne.

Er stellte dar, dass die unterschiedlichen Grundstückswerte daraus resultieren, dass unterschiedliche Ansätze bei der Wertermittlung zugrunde gelegt worden seien. Basis sei der Beschluss des Ältestenrates, für die Verhandlungen den Grundstückswert auf Basis ihrer Anlagenbuchwerte in Höhe von 798.433 Euro anzusetzen. Aus Sicht der muslimischen Vereine - so stellte es in der Unterbrechung auch Herr Azmaa dar - sei dieser Betrag jedoch nicht aufzubringen.

Die FDP regte an, die Friedhofssatzung auf dem städtischen Friedhof zu erweitern, so dass dort auch muslimische Bestattungen ermöglicht werden. Herr Stuhlträger verwies darauf, dass hier jedoch keine „unberührten“ Flächen zur Verfügung stehen, die Voraussetzung für eine muslimische Bestattung seien.

Die BA sprach sich dafür aus, die Verhandlungen weiterzuführen und das Thema zu vertagen, damit ein muslimischer Friedhof ermöglicht werden kann.

Herr Stuhlträger verwies wiederum darauf, dass alle Verhandlungsstände im Ältestenrat diskutiert worden sind und nunmehr Entscheidungen getroffen werden müssen.

Die CDU sprach sich ebenfalls für die Errichtung eines muslimischen Friedhofs aus und möchte hierfür ein Grundstück nach Erbbaurecht zur Verfügung stellen unter Erstattung des vollen Anlagenbuchwertes.

Bündnis 90/Die Grünen beantragten die Vertagung, damit weitere Gespräche geführt werden können. Dies wurde von der BA unterstützt. Die CDU verwies darauf, dass alle Fragen bereits in der Sitzungsvorlage ausführlich erläutert seien und letztendlich der zu klärende Hauptpunkt die Finanzierung des Grunderwerbs sei.

Herr Hanke stellte ebenfalls nochmals klar, dass aus seiner Sicht die Gespräche mit den Vereinen konstruktiv geführt worden seien und es keine verhärteten Fronten gebe. Aus seiner Sicht sei zu entscheiden, ob das Grundstück über das Erbbaurecht zur Verfügung gestellt werden kann oder ob es zum Verkauf kommt. Letztlich sei der Preis entscheidend dafür, ob der muslimische Friedhof ermöglicht werde.

Mehrheitlich wurde dem Antrag auf Vertagung gegen die Stimmen der CDU und Enthaltung der AfD zugestimmt.

25.05.2022 Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

TOP 3.2

vertagt

18.08.2022 Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

TOP 2

Bündnis 90/Die Grünen stellten dar, dass es noch weiteren Beratungsbedarf mit und auch zwischen den muslimischen Vereinen gebe, damit eine einvernehmliche Lösung zur Gründung eines muslimischen Friedhofs in Hilden gefunden werden könne. Aus diesem Grund beantragte die Fraktion eine Vertagung in die nächste Sitzung. Die Vertagung wurde einstimmig beschlossen.

24.11.2022 Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz

TOP 2

07.12.2022 Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

TOP 6.36
